

# Sozialer Ausgleich – aber wie?

Ohne jeden Zweifel muss es in einem Sozialstaat einen Ausgleich zwischen arm und reich geben. Starke Schultern müssen mehr Lasten tragen. Dieses Sozialstaatsprinzip ist in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland bei allen Parteien unbestritten. Gestritten wird über den richtigen Weg, dieses Sozialstaatsgebot zu verwirklichen.

**D**azu zunächst einige Fakten: 50 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens wird von den Top-Zehn-Prozent der Steuerzahler geleistet. Starke Schultern tragen mehr. Der Sozialetat macht 50 Prozent des Bundeshaushaltes aus. Dieser Anteil ist heute so hoch wie noch nie in der Geschichte unseres Landes. Niemand kann also sagen, der Staat würde nicht schon heute einen ganz großen Anteil seiner Ausgaben für soziale Belange ausgeben. Würde diese Entwicklung so weitergehen, hätten wir in wenigen Jahren kein Geld mehr für Investitionen, für Bildung und Forschung, für alles, was unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern kann.

## DRINGENDE REFORM DER SOZIALSYSTEME

Bei den dringend anstehenden Reformen unserer Sozialsysteme ist nun zu entscheiden, wie ein Sozialausgleich zwischen den Reichen und den Ärmern in Zukunft erfolgen soll. Die Grundfrage ist: Soll die Ungleichheit weiterhin innerhalb des jeweiligen Sozialsystems (Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung) oder über das Steuersystem ni-

verliert werden. Nehmen wir das Beispiel der Krankenversicherung. Ca. 90 Prozent der Versicherten sind gesetzlich versichert. Der Beitragssatz beträgt derzeit 14,9 Prozent, in Zukunft evtl. 15,6 Prozent. Er wird vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer getragen. Zudem gibt es eine sogenannte „Beitragsbemessungsgrenze“, die bei 3.750 Euro Monatseinkommen liegt, d.h. ab dieser Einkommenshöhe

werden die Beiträge eingefroren. Was also an der Kopfpauschale als unsozial kritisiert wird, ist im aktuellen System auch schon vorhanden: Auch wer mehr verdient, muss nicht mehr bezahlen. Der Sozialausgleich findet innerhalb dieses Systems statt, d.h. die Summe aller Ausgaben für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) soll durch die Summe aller Einnahmen gedeckt werden. Viele halten dieses System für sozial gerecht und wollen es unbedingt beibehalten.

## FRAGWÜRDIGE SOLIDARITÄT

Ich finde es zutiefst unsozial, und zwar aus zwei Gründen: Erstens hört die so viel beschworene Solidarität bei 3.750 Euro im Monat auf. Besonders stark empfinde ich die Schultern eines Arbeitnehmers, der mit

3.750 Euro Einkommen im Monat etwa in München eine Familie unterhalten will, allerdings nicht. Zweitens: Ich, als „gutbezahlter“ Abgeordneter des Bundestages, bin Privatpatient und nehme gar nicht am Sozialausgleich teil, weil dieser nur innerhalb des Systems der GKV erfolgt. Außerdem werden Kapitaleinkommen, Zinsen oder Mieteinnahmen nicht zur Finanzierung des Sozialausgleichs herangezogen.

Es ist mir unerklärlich, wieso ausgerechnet dieses Modell als besonders sozial und erhaltenswert hingestellt wird. Aus diesem Grunde plädiere ich für das zweite Modell des Ausgleichs zwischen Ärmern und Reichen: das Steuersystem. Nur über die Abgaben erfolgt eine einfache, transparente Belastung aller Bürger nach Tragfähigkeit. Und hier werden ohne jede Komplikation auch alle Einkommensarten einbezogen. Der Reiche zahlt deutlich mehr Steuern (absolut und relativ) als der Arme. Das ist gut so und ermöglicht es dem Staat, seine Umverteilungsfunktion auszuüben. Wenn ein Bürger die Beiträge zur Krankenversicherung nicht selber leisten kann, tritt der Sozialstaat ein, der dafür die Steuern der Reichen einammelt. Das ist ein neues, meiner Ansicht nach gerechteres System. Über die Details der Belastbarkeit der Versicherten und die Berechnung der Anspruchsberechtigung muss natürlich noch gerungen werden. Dabei

muss die Umstellung des Systems auch nicht in einem Schritt erfolgen. Der Vorschlag von Gesundheitsminister Rössler sieht einen ersten Schritt in diese Richtung vor. Damit können wir in Ruhe und ohne Risiko die notwendigen Strukturen ein-

führen und praktische Erfahrungen sammeln. Das begrüße ich sehr.

## SOZIALE KÄLTE UND NEOLIBERALISMUS

Leider kann in der aufgeheizten Stimmung diese Debatte nach dem besten Weg des Sozialausgleichs nicht ohne Scham vor dem Mund geführt werden. Noch bevor die Diskussion wirklich beginnt,

werden mit Vokabeln wie „soziale Kälte“, „Neoliberalismus“ (wobei dieses Wort auch noch völlig falsch gebraucht wird) und „Turbokapitalismus“ die notwendigen Nebelkerzen geworfen, die ein klares Denken und Verhandeln verhindern. Schade eigentlich, denn, dass unsere Sozialsysteme völlig undurchschaubar geworden sind, dass die verschiedenen Anspruchsgrundlagen gegenüber dem Staat völlig intransparent sind, dass im schlechtesten Sinne des Wortes kein Mensch mehr durchblickt, und dass der Sozialausgleich so nicht mehr finanzierbar ist, sollte uns alle dazu zwingen, diese Systeme zukunfts fest zu machen.

Dr. Rainer Stinner

Mitglied des Bundestags • Außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion



**Für mehr Gerechtigkeit:**  
Dr. Rainer Stinner



**Wie gerecht geht es im Gesundheitssystem zu?** 90 Prozent der Versicherten sind gesetzlich krankenversichert.

Foto:TKK